

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3168. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1763. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden der 6spaltigen Postzeit mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung mit Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 30 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 147.

Dresden, Montag den 29. Juni 1908.

19. Jahrg.

Der Hamburger Gewerkschaftskongreß.

„Für wahr, wer Recht und Wahrheit achtet,
zu unter Fahne steht zu Tauf!
Wenn auch die Lüge uns noch umnachtet,
Wald liegt der Morgen hell darauf.
Nicht zählen wir den Feind, nicht die Gefahren all,
Der Bahn, der fähnen, folgen wir, die uns geführt
Vassall!“

Mit diesem begeistert gefungenen Kampfsiede der Klassenbewussten Proletarier schloß Sonnabend die Tagung des Gewerkschaftskongresses, nachdem die Führer der mächtvollen deutschen Gewerkschaftsbewegung in sechsstündiger fleißiger und extragreicher Arbeit beraten haben über Mittel und Wege, wie der gewerkschaftliche Kampf zu führen ist. Es ist zweifellos gute Arbeit, die der Kongreß geleistet hat, wenn auch mancher der Mandatgeber mit diesem oder jenem Beschluß oder mit dieser oder jener Rede- und Redezeitung nicht so ganz einverstanden ist.

Unverkennbar ist von Kongreß zu Kongreß eine immer größere Vereinigung bei allen Teilnehmern wahrzunehmen, nicht die etwa bestehenden Meinungsverschiedenheiten auf die Spitze zu treiben, sondern zu überbrücken. Diesen allseitigen ehrlichen Bestreben ist es zweifellos zu danken, daß trotz der verschiednen äußerlich kritischen Punkte: Parteifrage, Grenzstreitigkeiten, Jugendbildung, Bontest, die Verhandlungen so verhältnismäßig ruhig und glatt verlaufen sind.

Es ist unverkennbar und darin kann man Gen. Bömelburg, der mit Begleit der Verhandlungen des Kongresses mit großem Geschick und großem Takt leitete, recht geben, daß die Selbstbeherrschung und die Disziplin in der Arbeiterbewegung zugenommen haben. Ebenso bemerkenswert ist aber auch, daß große Streitfragen um die Grundprinzipien der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht mehr auszusprechen sind — darüber ist man in Gewerkschaftskreisen ziemlich hinweg.

Unverkennbar ist auch das Bestreben bei den Leitern der deutschen Gewerkschaftsbewegung vorhanden, mit der politischen Partei der Arbeiterklasse in beiden Verhältnissen zu leben und im bewußten und gewollten Zusammenwirken — wie eine bekannte juristische Formel lautet — den großen Zielen der Arbeiterbewegung zuzustreben. Vorher ist die Zeit, in denen von einer Art Abkalt, von einer Art Eifersucht zwischen den beiden Teilen der Arbeiterbewegung die Rede sein könnte. Das beste Zeugnis dafür war die Anwesenheit des Genossen Wollenbuhr, Mitglied des Parteivorstandes, als Referent über ein sozialpolitisches Thema. Es wurde hier und da auf dem Kongreß davon gesprochen, ob es nicht überhaupt angebracht sei, offiziell eine gegenseitige Vertretung auf den beiderseitigen Kongressen von Seiten der Generalkommission und des Parteivorstandes herbeizuführen, um so vor aller Welt die untrennbare Solidarität und Einheit der deutschen Klassenbewussten Arbeiterklasse zu dokumentieren und vor allem, um jedes Mißverständnis von vornherein zu beseitigen. Wir meinen, es gibt eigentlich keinen ersichtlichen Grund, warum die Gewerkschaften irgendwelche Bedenken tragen sollten, diese Zusammengehörigkeit, die ja praktisch durch die Personalunion in der Arbeiterbewegung längst hergestellt ist, auch äußerlich zum Ausdruck zu bringen. Deshalb scheinen uns auch die Bedenken, die der Vertreter des Buchdruckerverbandes gegen die Behandlung der Resolution Wollensbuhr, eine Zustimmungserklärung zu der Resolution des Stuttgarter Internationalen Kongresses, betreffend das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften, äußerte, unangebracht. Genosse Bömelburg wies mit Recht darauf hin, daß eigentlich die Resolution etwas Selbstverständliches sei, da ja die deutsche Gewerkschaftsdelegation auf dem Stuttgarter Kongreß ihr zugestimmt und keine Stimme auf dem Hamburger Kongreß sich dagegen erklärt habe. In diesem Sinne hatte ja auch schon Legien in seinem Bericht sich über diese Frage ausgesprochen.

Einem breiten Raum nahm naturgemäß im letzten Teil der Kongreßberatungen die Frage der Organisation zur Erhellung der Jugend ein und nach dem Geplänkel über diese Frage vorher war anzunehmen, daß es hier nicht ohne Spähne abgehen würde. Der Referent Genosse Nob. Schmidt verstand es, der großen Bedeutung dieser Frage gerecht zu werden und auch die weiteren Redner Siller, Brunn, Siebel, Stellung und Altmann und vor allem auch Wollenbuhr hielten die Debatte auf der Höhe, die diese Frage verdiente.

Charakteristisch und bedeutungsvoll war bei der Erlebung dieser Frage die energische und glatte Abgabe an den Antimilitarismus resp. an dessen kleinbürgerlich radikale Spielart, die allerdings mit ihrer sie umgebenden Romantik geeignet ist, Eindruck auf unentwickelte und unklare jugendliche Köpfe zu machen. Die Frage der gegenwärtigen Gesellschaft ist keine Frage der Wajonette, sondern eine Frage der wirtschaftlichen Entwicklung und eine Frage des Kampfes der Geister! — rief Genosse Schmidt unter dem stürmischen Beifall der Delegierten. Und Wollenbuhr bestätigte diese Anschauung: „Wir sehen in der antimilitaristischen Bewegung nicht eine sozialistische, sondern sie ist ein Ausdruck des kleinbürgerlichen Radikalismus. Wir haben immer nur den Militarismus als ein Werkzeug des Kapitalismus angesehen und danach getrachtet, diesen zu beseitigen.“ Es war ein erhebender Moment, als der stürmische Führer der deutschen Arbeiter, allerdings in mißverständlicher Auffassung einer Reueherung des Referenten, darauf hinwies, daß die Arbeiterbewegung nicht aus Furcht vor den gerichtlichen Verfolgungen des Klassenstaats etwas unterlassen habe, was sie

für richtig und notwendig hielt. „Aber die antimilitaristische Bewegung machen wir nicht mit, nicht weil wir sie für gefährlich, sondern weil wir sie für falsch halten.“ N. Schmidt stellte das dann auch sofort dahin richtig, daß er nur gemeint habe, daß man nicht die unfertigen, jungen Leute vor eine solche Gefahr stellen sollte. Die Gefahren hätten auch stets die erwachsenen und reifen Kämpfer übernommen, die die Verantwortung für ihn tun übernehmen können.

Schmidt brachte als Zusammenfassung seiner Ansichten eine Resolution ein, die das Produkt eines Uebereinkommens zwischen Parteivorstand und Generalkommission ist. Gegen den Abstoß 3 der Resolution, der eine besondere Organisation der Jugend bewirkt, wandten sich verschiedene Redner, im übrigen aber erklärten sich alle Redner mit der prinzipiellen Ansicht des Referenten über die Art der Jugendbildung grundsätzlich einverstanden und sprachen damit aus, daß vor allem die Grundfrage einer guten Allgemeinbildung notwendig sei und daß diese unbedingt hinführe zum späteren Eintritt in die freie Arbeiterbewegung. Wollenbuhr führte als Beweis dafür sein eigene Entwicklung an. Jede politische Vereinstätigkeit, die ja auch schon durch das Vereinsgesetz unmöglich sei, wurde verworfen, dagegen der Jugendbildung zu empfehlen.

Bei dieser Gelegenheit wurde auch lobend der Tätigkeit der Dresdner Kinderkommission gedacht, sowie vom Referenten wie auch von einigen Debatterednern das Eingehen der Jugendzeitung für die in bekanntlich von den Genossen Wallisch und Dr. Morgenstern in Dresden herausgegeben wurde, lebhaft bedauert. Die zurzeit erscheinenden Jugendzeitungen wurden schon der ungenügenden Mittel wegen für ungeeignet erklärt, die ihnen gestellten großen Aufgaben zu erfüllen. Es ist die Herausgabe einer Jugendzeitung geplant, die mit genügenden Mitteln ausgestattet und von tüchtigen Kräften geleitet werden soll.

Die Resolution wurde, nachdem die Streichung des Absatzes 3 (keine besondere Jugendorganisation) gegen circa 13 Stimmen abgelehnt worden, gegen nur einige Stimmen angenommen. Es ist also der Wille der Gewerkschaften — der Parteitag in Nürnberg wird sich wohl ebenfalls mit dieser Frage beschäftigen —, daß in dieser Art die Heranbildung der Jugend zu Kämpfern für unsere große Sache betrieben wird: Allgemeine Geistes- und Körperpflege, nach dem Motto der alten Griechen, daß nur in einem gesunden Körper ein gesunder Geist wohnen kann; keine politischen und gewerkschaftlichen Spielereien durch unfertige junge Leute. Politik zu treiben ist Sache der Partei und die Gewerkschaftsbewegung Sache der Gewerkschaften, nicht der jungen Leute, die die Jugendzeit benutzen sollen. Körper und Geist widerstandsfähig zu machen für die späteren Kämpfe. Der Kongreß sprach aber auch aus, daß es eine unbedingte Pflicht der erwachsenen aufgeklärten Arbeiter ist, in den jungen Leuten, den Lehrlingen in den Werkstätten und Betrieben, nicht den Untergebenen, sondern den späteren Mitkämpfern zu sehen, denen erraten und untendend zur Seite stehen soll, damit diese nicht den gegnerlichen Verlockungen zum Opfer fallen. Es werden auf diesem Gebiete besonders in der Heranziehung und Bildung der Lehrlinge und jungen Leute von den Lithographen und Transportarbeitern schöne Erfolge gemeldet.

In der Frage der Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs wurde durch das Geschick des Vorsitzenden insofern eine alle Teile — mit Ausnahme natürlich der extremen Abstinenz — befriedigende Erlebung herbeigeführt, als darauf hingewiesen wurde, daß die Resolution Wurm, die in Essen beschlossen wurde, wohl auch von dem Gewerkschaftskongreß abgelehnt würde, im übrigen ja die Tätigkeit der Gewerkschaften die allerbeste Agitation zur Beseitigung des übermäßigen Alkoholgenußes sei und dadurch schon mehr Erfolg erzielt worden seien, wie die Abstinenz je erzielen könnten.

Zu der Frage des Boykotts als gewerkschaftliches Kampfmittel ist zu erwähnen, daß der Kongreß sich nach einer ausgedehnten und teilweise erregten Debatte auf den Standpunkt gestellt hat, den der Referent Altmann, trotzdem er als Vorsitzender des Bänderverbandes sehr daran interessiert ist, in seiner sehr objektiven Rede und Resolution vertrat. Auch fast alle Diskussionsredner betonten, daß man an einen Boykott nur mit äußerster Vorsicht heranzutreten dürfe, d. h. wenn alle Vorbereitungen getroffen seien, um ein Welingen zu ermöglichen, da ein Scheitern geeignet sei, das Ansehen der allgemeinen Arbeiterbewegung aufs empfindlichste zu schädigen.

Bei dieser Gelegenheit nahm der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes Völpert Stellung gegen die Art einer gewissen Polemik über manche Fragen anders Denkende in persönlicher Weise anzugehen. Seine ruhigen aber von tiefem Ernst getragenen Ausführungen fanden den ungetriebenen Beifall des ganzen Kongresses, der damit gewissermaßen ausdrückt, daß er ungeschadet der Stellungnahme zu verschiednen Fragen eine sachliche und anständige Polemik fordert. Daß das im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung liegt und nur die gemeinschaftlichen Gegner Freude an derartigen Auseinandersetzungen haben, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Sichtlich wird dieser energisch ausgesprochene Wille des Kongresses künftig allerorts beherzigt. Die letzten Parteitage standen ja auf demselben Standpunkt.

Die Einigkeit unter den Kämpfern offen dem Gegner gegenüber, die nicht durch unangelegte Reibereien gestört werden darf, das ist das, was der Gewerkschaftskongreß mit Recht fordert. Es ist, wie Genosse Bömelburg in seiner prächtigen, von

Begeisterung für unsere große gemeinsame Sache durchglühten Schlussrede ausführte, die Einigkeit der Grundgedanke, der den Kongreß beherrschte. Man will keinen Streit. Es gibt keine wesentlichen Differenzpunkte unter den beiden großen Bewegungen in grundsätzlichen Fragen.

Man kann anerkennen, daß die Delegierten und vor allem die Leitung des Kongresses bemüht waren, im Sinne der Einigkeit die Arbeiten des Kongresses zu erledigen.

Und so werden denn sicherlich diese Beratungen in hohem Maße neue Förderung und neue Wehrhaftmachung der deutschen Arbeiterbewegung herbeiführen.

Politische Ueberblick.

Mehr irdisches Gut für die Diener Gottes.

Die zweite Sitzung dieser kurzen Sommertagung des preussischen Abgeordnetenhauses wurde wieder vom Alterspräsidenten Hobrecht eröffnet. Erster Gegenstand der Tagesordnung war die Neuwahl des Präsidiums. Sie fand durch Affirmation statt, gegen die unsere Genossen keinen Widerspruch erhoben. Wie von vornherein feststand, wurde das alte Präsidium Kröcher, Vorich und Strauß wiedergewählt. — Es folgte die erste Lesung und im Anschluß daran gleich die zweite Lesung des Kirchenmüllersgesetzes. Die Mehrheit war von vornherein entfallen, das Gesetz in Ausführung und im großen mit größtmöglicher Einnahme anzunehmen; sie hätte es am liebsten schon am Sonnabend durchgebracht, mußte aber angesichts des Widerstands unserer Fraktion und der freisinnigen diesen löblichen Voratz aufgeben. Herr Wiemer beauftragte nicht unzutreffend, wenn auch natürlich bloß zum, die unzulässige Art und Weise, mit der hier Mitarbeit getrieben und den Geistlichen eine Extrawurst serviert wird. Es war auch ganz in der Ordnung, daß Wiemer dabei das antokratistische Treiben des Oberkirchenrats rügend erwähnte. Von unserer Fraktion sprach Ströbel als der erste Diskussionsredner im Reichsparlament. Kröcher unterbrach ihn zu verschiedenen Malen; mehr als einmal mußte die Rechte, bald durch Lärmen, bald durch Lachen, unseren Redner aus der Fassung zu bringen. Es gelang aber nicht, Genosse Ströbel legte in vortrefflichen bindigen Ausführungen dar, daß nicht nur vom prinzipiellen Standpunkte der Trennung der Kirche vom Staate aus die Vorlage zu verwerfen ist. Es liegt kein Grund vor, die Geistlichen vor den Lehrern und Vätern zu bevorzugen. Mit Ministergehaltern verglichen, mögen die Bezüge der Geistlichen ja recht bescheiden sein; aber sie sind glänzend zu nennen gegenüber der mehr als kümmerlichen Entlohnung, die der Vater Staat seinen Arbeitern zukommen läßt. Der Finanzminister v. Rheinbaben antwortete mit bitulanten seltsames. Wilton plündert unsere Hoffischen Diener und Deuter, und Rheinbaben plündert Wilton. Die konservativen und nationalliberalen Redner sprachen kurz ihre Einverständnisse mit der Vorlage aus. Das Zentrum beteiligte sich nicht an der Debatte, dafür vereinigte es seine Stimmen mit denen der Rechten und des Gros der Nationalliberalen, um unsere Anträge in Sachen Leinert und Liebknecht von der Tagesordnung der nächsten Sitzung auszuschließen. Polen, Freisinnige und einige Nationalliberale stimmten mit uns; das Zentrum aber scheint es eilig zu haben, sich wieder ein Plätzchen an der Regierungskasse zu sichern. So steht denn nur die dritte Lesung des Kirchenmüllersgesetzes auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, die eines katholischen Feiertags halber erst am Dienstag stattfindet.

Die Rede des Königs.

Von unserem Korrespondenten.

J. s. London, 27. Juni.

Alljährlich ergreift an alle Mitglieder des Unterhauses — mit Ausnahme der irdischen Abgeordneten, die sich prinzipiell aller höfischen Funktionen enthalten — eine Einladung, an der sogenannten Garten-Gesellschaft des Königs in Windsor teilzunehmen. Die diesjährige Garten-Gesellschaft fand letzten Sonnabend statt. Radikalität wird nun bekannt, daß drei Mitglieder des Unterhauses in diesem Jahre keine Einladung empfangen haben. Daß diese Umgehung keine zufällige ist, das zeigen schon die Namen der betreffenden Abgeordneten. Es sind dies die Genossen Reiz, Gardie und Viktor Cranston und der liberale Abgeordnete von Sandbach. Es sind das nämlich gerade jene Mitglieder des Unterhauses, welche den Jarenbesuch des Königs Edward einer besonders scharfen Kritik unterzogen haben. Dies scheint ein so großes Mißfallen zu haben, daß ihn die „allerhöchste Stelle“ nicht zumum herabwürdigen konnte. Auf diese wahrhaft edelmütige Weise rächt sich König Edward an jenen Politikern, die seinen Wünschen zuwiderhandeln.

Es ist selbstverständlich, daß es den beiden genannten Genossen nicht einfallen würde, sich in Windsor sehen zu lassen, selbst wenn sie eingeladen worden wären. Trotzdem will die Arbeiterpartei, welche in dem Vorgehen einen unbedingten Uebereinstimm des Königs erblickt, die Angelegenheit nicht auf sich beruhen lassen, sondern sie wird, wie verlautet, von dem Vizepräsidenten des künftigen Hofballs Aufklärung fordern.

Auch viele Liberale sind ungehalten über die Behandlung, welche der Abgeordnete Cranston erfahren hat. Dieser war der Privatsekretär des verstorbenen Ministerpräsidenten Campbell-Bannerman und ist sein Nachfolger in dessen Wahlkreis. Die liberalen Abgeordneten beabsichtigen, ihm eine sympatische Kundgebung zu veranstalten und so ihre Mißbilligung des königlichen Vorgehens auszudrücken.